

Vorbemerkung und Übersicht zu den Formularmustern:

Den Formularmustern liegen die häufigsten Fallkonstellationen zugrunde. Sie sind nicht immer passend und können deshalb nicht ungeprüft übernommen werden. Gegebenenfalls müssen sie angepasst werden. So wird beispielsweise im Formularmuster 1 die Anerkennung als Asylberechtigter, die Feststellung der Flüchtlingseigenschaft gemäß § 60 I AufenthG und hilfsweise die Feststellung des Vorliegens von Abschiebungsverboten gemäß § 60 II bis VII AufenthG begehrt. Wird das Asylrecht des Art. 16a GG nicht begehrt, beispielsweise, weil eine Landweeinreise unstrittig ist und die Klage diesbezüglich deshalb sowieso aussichtslos wäre, oder beschränkt man sich auf die Feststellung eines Abschiebungsverbots nach § 60 II bis VII AufenthG, sind die weitergehenden Anträge wegzulassen.

Gegebenenfalls sind einzelne Teile der verschiedenen Formulare zu kombinieren. Ein Prozesskostenhilfeantrag ist beispielsweise im Formularmuster 15 enthalten. Dieser Teil kann natürlich bei jedem anderen Formularmuster eingefügt werden.

Gleiches gilt beispielsweise für einen Wiedereinsetzungsantrag im Fall einer Fristversäumnis. Einen solchen enthält das Formularmuster 3.

Generell sollten die Formularmuster – selbst, wenn es nur um die Fristwahrung geht – möglichst individualisiert werden, also zumindest in wenigen Sätzen auf den konkreten Fall eingehen.

Formularmuster 1

Muster für Klage bei (einfacher) Ablehnung des Asylantrages und Abschiebungsandrohung

Formularmuster 2

Muster für Klage bei Teilerfolg (Feststellung von Abschiebungsverboten nach § 60 II bis V und VII AufenthG bzw. § 60 I AufenthG)

Formularmuster 3

Muster für Klage und Antrag nach § 80 V VwGO bei Ablehnung des Asylantrages (als unbeachtlich oder offensichtlich unbegründet) mit Abschiebungsandrohung und bei einem Asylfolgeantrag mit Abschiebungsandrohung

Formularmuster 4

Muster für Klage und Antrag nach § 80 V VwGO bei Einstellung des Verfahrens sowie vorsorglicher Wiedereinsetzungsantrag

Formularmuster 5

Muster für Klage und Eilrechtsschutz bei Ablehnung des Asylantrages als unbeachtlich

nach § 29 I AsylVfG wegen Offensichtlichkeit der Verfolgungssicherheit im sonstigen Drittstaat bzw. bei Ablehnung des Asylantrags als unbeachtlich wegen völkerrechtlicher Zuständigkeit eines anderen Vertragsstaats gemäß § 27a AsylVfG

Formularmuster 6

Muster für Klage und Antrag gemäß § 123 VwGO beim Flughafenverfahren

Formularmuster 7

Muster für Antrag auf einstweilige Anordnung auf Weiterleitung des Asylsuchenden an das Bundesamt beim Flughafenverfahren

Formularmuster 8

Muster für vorbeugenden einstweiligen Rechtsschutz bei einem Folgeverfahren

Formularmuster 9

Muster für Klage und Eilantrag bei Ablehnung eines Asylfolgeantrages ohne neue Ausreiseaufforderung und Abschiebungsandrohung

Formularmuster 10

Muster für Klage und Eilantrag bei Ablehnung eines Asylfolgeantrags mit neuer Ausreiseaufforderung und Abschiebungsandrohung

Formularmuster 11

Muster für Klage bei Wiederaufnahmeantrag im Hinblick auf § 60 II bis VII AufenthG (isolierter Wiederaufnahmeantrag)

Formularmuster 12

Muster für einstweiligen Rechtsschutz gegen das BAMF bei Folgeverfahren (auf Unterlassung bzw. Widerruf der Mitteilung nach § 71 V AsylVfG)

Formularmuster 13

Muster für Klage gegen den Widerruf oder die Rücknahme der Asylanerkennung bzw. der Feststellung der Flüchtlingseigenschaft

Formularmuster 14

Muster für Klage gegen das Herausgabeverlangen des GFK-Passes bzw. des Anerkennungsbescheids wegen angeblichen Erlöschens gemäß § 72 AsylVfG

Formularmuster 15

Muster für sofortige Beschwerde mit Prozesskostenhilfeantrag

Formularmuster 1

Muster für Klage bei (einfacher) Ablehnung des Asylantrages und Abschiebungsandrohung

Absender ...

Datum ...

Verwaltungsgericht

...

Klage

der Frau / des Herrn ...

– Kläger/in –

gegen

Bundesrepublik Deutschland
vertreten durch den Bundesminister des Inneren,
dieser vertreten durch den Präsidenten des Bundesamtes
für Migration und Flüchtlinge, 90343 Nürnberg
Az. ...

– Beklagte –

wegen Asylrecht

Ich/wir erhebe/n **Klage** und **beantrage/n**:

1. Der Bescheid des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (Az. ...) vom ... wird aufgehoben.
2. Die Beklagte wird verpflichtet, mich/uns als Asylberechtigte/n anzuerkennen und festzustellen, dass die Voraussetzungen von § 60 I AufenthG vorliegen, hilfsweise, dass die Voraussetzungen von § 60 II bis V und VII AufenthG vorliegen.
3. Die Beklagte trägt die Kosten des Rechtsstreits.

Begründung:

I.
Zur Begründung beziehe ich mich/beziehen wir uns auf die bisherigen Angaben. Das Bundesamt hat meinen/unseren Antrag falsch gewürdigt/falsch wiedergegeben. Richtig ist ...

Zum Beweis dafür,

dass die im Verfahren vorgelegten Dokumente echt sind, **beantrage/n** ich/wir die Einholung eines Sachverständigengutachtens durch amnesty international oder anderer sachkundiger Stellen.

Zum Beweis dafür,

dass mein/unser Vortrag über die Situation in meinem/unserem Herkunftsland richtig ist, dass mein/unser Vortrag, dass mir folgendes passiert ist, ...

beantrage/n ich/wir

die Einholung eines Sachverständigengutachtens durch amnesty international oder anderer sachkundiger Stellen.

Darüber hinaus trage ich/tragen wir vor: (**Anmerkung:** nunmehr detaillierte Einzelfallbegründung; falls diese jetzt noch nicht gegeben werden kann, schreiben: „Eine detaillierte Begründung erfolgt umgehend mit gesondertem Schriftsatz.“).

II.

Die Ausreiseaufforderung und Abschiebungsandrohung ist auch deshalb nicht gerechtfertigt, weil mir/uns in meinem/unserem Heimatstaat eine menschenrechtswidrige Behandlung im Sinne von § 60 II bis V und VII AufenthG droht. Konkret befürchte/n ich/wir ...

Gegebenenfalls: Auch in dem sicheren Drittstaat ... war/en ich/wir nicht in Sicherheit. Dies ergibt sich schon daraus, dass ...

Für die mündliche Verhandlung wird ein Dolmetscher für die Sprache ... benötigt.

Unterschrift



Formularmuster 2

Muster für Klage bei Teilerfolg (Feststellung von Abschiebungsverboten nach § 60 II bis V und VII AufenthG bzw. § 60 I AufenthG)

Absender ...

Datum ...

Verwaltungsgericht

...

Klage

der Frau / des Herrn ...

– Kläger/in –

gegen

Bundesrepublik Deutschland
vertreten durch den Bundesminister des Inneren,
dieser vertreten durch den Präsidenten des Bundesamtes
für Migration und Flüchtlinge, 90343 Nürnberg
Az. ...

– Beklagte –

wegen Anerkennung als Asylberechtigte/r
(gegebenenfalls:
wegen Feststellung von Abschiebungsverboten nach § 60 I AufenthG)

Ich/wir erhebe/n **Klage** und **beantrage/n**:

1. Der Bescheid des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (Az. ...) vom ... wird in Ziffer ... aufgehoben.
 2. Die Beklagte wird verpflichtet, mich/uns als Asylberechtigte/n anzuerkennen.
- bzw.:
2. Die Beklagte wird verpflichtet, festzustellen, dass bei mir/uns die Voraussetzungen des § 60 I AufenthG vorliegen.
 3. Die Beklagte trägt die Kosten des Rechtsstreits.

Begründung:

Zur Begründung beziehe ich mich/beziehen wir uns auf die bisherigen Angaben. Das Bundesamt hat meinem/unserem Antrag nur teilweise stattgegeben und mir/uns nur Abschiebungsschutz nach § 60 II bis V und VII AufenthG (**bzw.:** „§ 60 I AufenthG“ oder „§§ 60 I und 60 II bis V und VII AufenthG“) zugebilligt. Ich/wir begehren jedoch die Anerkennung als Asylberechtigte/r (**bzw.:** „die Feststellung, dass die Voraussetzungen von § 60 I AufenthG vorliegen“).

Zu Unrecht hat das Bundesamt das Fehlen der Voraussetzungen für Asylgrundrechtsschutz nach Art. 16a GG (bzw.: „§ 60 I AufenthG“) verweigert. Dies ergibt sich ... (**Anmerkung:** Ausführungen zu den Gründen).

Für die mündliche Verhandlung wird ein Dolmetscher für die Sprache ... benötigt.

Unterschrift

Formularmuster 3

Muster für Klage und Antrag nach § 80 V VwGO bei Ablehnung des Asylantrages (als unbeachtlich oder offensichtlich unbegründet) mit Abschiebungsandrohung und (vorsorglichem) Wiedereinsetzungsantrag

Absender ...

Datum ...

Verwaltungsgericht

...

Klage und Antrag nach § 80 V VwGO

der Frau / des Herrn ...

– Kläger/in und Antragsteller/in –

gegen

Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch den Bundesminister des Inneren,
dieser vertreten durch den Präsidenten des Bundesamtes
für Migration und Flüchtlinge, 90343 Nürnberg
Az. ...

– Beklagte und Antragsgegnerin –

wegen Asylrecht

Ich/wir erhebe/n **Klage** und **beantrage/n**:

1. Der Bescheid des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (Az. ...) vom ... wird aufgehoben.
2. Die Beklagte wird verpflichtet, mich/uns als Asylberechtigte/n anzuerkennen und festzustellen, dass die Voraussetzungen von § 60 I AufenthG vorliegen, hilfsweise, dass die Voraussetzungen von § 60 II bis V und VII AufenthG vorliegen.
3. Die Beklagte trägt die Kosten des Verfahrens.

Gleichzeitig **beantrage/n** ich/wir:

Die aufschiebende Wirkung dieser Klage wird angeordnet.

Begründung:

I.
Zur Begründung beziehe ich mich/beziehen wir uns auf die bisherigen Angaben. Das Bundesamt hat meinen/unseren Antrag falsch gewürdigt/falsch wiedergegeben. Richtig ist ...

Zum Beweis dafür,
dass die im Verfahren vorgelegten Dokumente echt sind, **beantrage/n** ich/wir

die Einholung eines Sachverständigengutachtens durch amnesty international oder anderer sachkundiger Stellen.

Zum Beweis dafür,
dass mein/unser Vortrag über die Situation in meinem/unserem Herkunftsland richtig ist,
dass mein/unser Vortrag, dass mir folgendes passiert ist, ...

beantrage/n ich/wir

die Einholung eines Sachverständigengutachtens durch amnesty international oder anderer sachkundiger Stellen.

Darüber hinaus trage ich/tragen wir vor: (**Anmerkung:** nunmehr detaillierte Einzelfallbegründung; falls diese jetzt noch nicht gegeben werden kann, schreiben: „Eine detaillierte Begründung erfolgt umgehend mit gesondertem Schriftsatz.“).

II. (Bei Ablehnung als unbeachtlich oder offensichtlich unbegründet)

Jedenfalls ist mein/unser Asylantrag nicht offensichtlich unzulässig/unbegründet. Die von der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes entwickelten strengen Kriterien einer Offensichtlichkeits-Entscheidung liegen nicht vor. Dies ergibt sich schon daraus, dass meine/unsere Behauptung, mir/uns drohe politische Verfolgung dadurch bekräftigt wird, dass ...

Jedenfalls ist infolge dessen die aufschiebende Wirkung anzuordnen.

Zur Glaubhaftmachung im Eilverfahren überreiche/n ich/wir folgende Unterlagen: ...

III.

Die Ausreiseaufforderung und Abschiebungsandrohung ist auch deshalb nicht gerechtfertigt, weil mir/uns in meinem/unserem Heimatstaat eine menschenrechtswidrige Behandlung im Sinne von § 60 II bis VII AufenthG droht. Konkret befürchte/n ich/wir ...

Gegebenenfalls: Auch in dem sicheren Drittstaat ... war/en ich/wir nicht in Sicherheit. Dies ergibt sich schon daraus, dass ...

IV. (bei möglicher Versäumung der Klagefrist)

Der Wiedereinsetzungsantrag ist vorsorglich gestellt. Sollte das Gericht der Meinung sein, dass die Fristen versäumt sind, bitte/n ich/wir um einen Hinweis und **beantrage/n**, mir/uns in diesem Falle **Akteneinsicht** zu gewähren oder zumindest die Aktenteile zuzusenden, aus welchen die Art und Weise, der Zeitpunkt und die Wirksamkeit der Zustellung hervorgeht.

Für die mündliche Verhandlung wird ein Dolmetscher für die Sprache ... benötigt.

Unterschrift

Formularmuster 4

Muster für Klage und Antrag nach § 80 V VwGO bei Einstellung des Verfahrens sowie vorsorglicher Wiedereinsetzungsantrag

Absender ...

Datum ...

Verwaltungsgericht

...

Klage und Antrag nach § 80 V VwGO

der Frau / des Herrn ...

gegen

Bundesrepublik Deutschland
vertreten durch den Bundesminister des Inneren,
dieser vertreten durch den Präsidenten des Bundesamtes
für Migration und Flüchtlinge, 90343 Nürnberg
Az. ...

– Kläger/in und Antragsteller/in –

– Beklagte und Antragsgegnerin –

wegen Anerkennung als Asylberechtigte/r

Ich/wir erhebe/n **Klage** und **beantrage/n**:

1. Der Bescheid des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (Az. ...) vom ... wird aufgehoben.
 - a) Hilfsweise:
Die Beklagte wird unter Aufhebung des Bescheides des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge vom ... verpflichtet, das Asylverfahren in meinem/unserem Fall fortzuführen.
 - b) Hilfsweise:
Die Beklagte wird unter Aufhebung des Bescheides des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge vom ... verpflichtet, mich/uns als Asylberechtigte/n anzuerkennen und festzustellen, dass bei mir/uns die Voraussetzungen des § 60 I AufenthG vorliegen,

hilfsweise:
dass die Voraussetzungen von § 60 II bis V und VII AufenthG vorliegen.
2. Die Beklagte trägt die Kosten des Rechtsstreits.

Gleichzeitig **beantrage/n** ich/wir gemäß § 80 V VwGO:

Die aufschiebende Wirkung dieser Klage wird angeordnet.

Vorsorglich, für den Fall, dass die Klagefrist und Antragsfrist versäumt sein sollte, **beantrage/n** ich/wir

die Gewährung der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand

wegen der Versäumung der genannten Frist.

Begründung:

Das Bundesamt hat im oben genannten Bescheid das Asylverfahren in meinem/unserem Fall eingestellt und mich/uns zur Ausreise aufgefordert. Die Einstellung ist zu Unrecht erfolgt, weil ich/wir meine/unsere Mitwirkungspflicht nicht verletzt haben ... (**Anmerkung:** Jetzt Ausführungen machen).

Und/oder: „Ich/wir habe/n zwar den Anhörungstermin beim Bundesamt versäumt, das Ladungsschreiben habe/n ich/wir aber nicht erhalten. Dies ist nicht mein/unser Verschulden ... (**Anmerkung:** Jetzt Ausführungen machen).

Der Bundesamtsbescheid ist deshalb aufzuheben. Nach meiner/unserer Ansicht muss das Bundesamt das Verfahren fortführen, wenn der jetzige Bescheid vom Gericht aufgehoben wird (Antrag Nr. 1). Ansonsten müsste das Gericht die Sache ausdrücklich wieder an das Bundesamt zurückverweisen. Wenn das Gericht der Meinung ist, dass es in der Sache selbst entscheiden will, bitte/n ich/wir um entsprechende Mitteilung. Die notwendigen Anträge sind hilfsweise schon gestellt worden; ich/wir werden in diesem Fall zu meinem/unserem Asylbegehren noch ausführlich Stellung nehmen und gegebenenfalls entsprechende Beweisanträge stellen.

Nachdem die Einstellung des Verfahrens zu Unrecht erfolgt ist, ist auch die aufschiebende Wirkung dieser Klage anzuordnen.

Der Wiedereinsetzungsantrag ist vorsorglich gestellt. Sollte das Gericht der Meinung sein, dass die Fristen versäumt sind, bitte/n ich/wir um einen Hinweis und **beantrage/n** mir/uns in diesem Falle **Akteneinsicht** zu gewähren oder zumindest die Aktenteile zuzusenden, aus welchen die Art und Weise, der Zeitpunkt und die Wirksamkeit der Zustellung hervorgeht.

Für die mündliche Verhandlung wird ein Dolmetscher für die Sprache ... benötigt.

Unterschrift

Formularmuster 5

Muster für Klage und Eilrechtsschutz bei Ablehnung des Asylantrages als unbeachtlich nach § 29 I AsylVfG wegen Offensichtlichkeit der Verfolgungssicherheit im sonstigen Drittstaat bzw. bei Ablehnung des Asylantrags als unbeachtlich wegen völkerrechtlicher Zuständigkeit eines anderen Vertragsstaats gemäß § 27a AsylVfG

Absender ...

Datum ...

Verwaltungsgericht

Klage und Antrag nach § 80 V VwGO

der Frau / des Herrn ...
gegen

– Kläger/in und Antragsteller/in –

Bundesrepublik Deutschland
vertreten durch den Bundesminister des Inneren,
dieser vertreten durch den Präsidenten des Bundesamtes
für Migration und Flüchtlinge, 90343 Nürnberg
Az. ...

Hinweis: Beachte § 34a II AsylVfG; i. d. R. keine Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung möglich bei sicherem Drittstaat oder Dublin-II-Staat.

wegen Asylrecht

– Beklagte und Antragsgegnerin –

Ich/wir erhebe/n **Klage** und **beantrage/n**:

1. Der Bescheid des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (Az. ...) vom ... wird aufgehoben.
2. Die Beklagte wird verpflichtet, das Asylverfahren fortzuführen.
Hilfsweise (nur für den Fall, dass das Vorliegen von Abschiebungsverboten nach § 60 II - VII AufenthG geprüft wurde): Es wird festgestellt, dass Abschiebungsverbote nach § 60 II - VII AufenthG vorliegen.
3. Die Beklagte trägt die Kosten des Rechtsstreits.

Gleichzeitig **beantrage/n** ich/wir:

Die aufschiebende Wirkung der Klage gegen die Abschiebungsandrohung des Bundesamtes vom ... wird angeordnet.

Begründung:

Die Voraussetzungen einer anderweitigen Verfolgungssicherheit in einem sonstigen Drittstaat im Sinne von § 29 I AsylVfG liegen nicht vor (**Anmerkung:** Jetzt Ausführungen machen.).

Gemäß § 29 II 1 AsylVfG (alternativ: Der Asylantrag ist nicht nach § 27a AsylVfG unzulässig, weil ...) ist das Asylverfahren daher fortzuführen. (zusätzlich, falls über das Vorliegen von Abschiebungsverboten entschieden wurde: Jedenfalls liegen Abschiebungsverbote gemäß § 60 II - VII AufenthG im Hinblick auf ... vor, denn ...).

Für die mündliche Verhandlung wird ein Dolmetscher für die Sprache ... benötigt.

Unterschrift

Formularmuster 6

Muster für Klage und Antrag gemäß § 123 VwGO beim Flughafenverfahren

Absender ...

Datum ...

Verwaltungsgericht

Klage und Antrag gemäß § 123 VwGO

der Frau / des Herrn ...

– Antragsteller/in –

gegen

1. Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch den Leiter der Außenstelle des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge am Flughafen ...
– Beklagte und Antragsgegnerin zu 1 –
2. Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch den Leiter der Bundespolizei am Flughafen ...
– Beklagte und Antragsgegnerin zu 2 –

Ich/wir erhebe/n **Klage(n)** und werde/n **beantragen**:

1. Der Bescheid des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (Az. ...) vom ... wird aufgehoben.
2. Die Beklagte wird verpflichtet, mich/uns als Asylberechtigte/n anzuerkennen und festzustellen, dass die Voraussetzungen von § 60 I AufenthG vorliegen,
hilfsweise:
festzustellen, dass Abschiebungshindernisse nach § 60 II bis V und VII AufenthG vorliegen.
3. Die Beklagte wird verpflichtet, mir/uns unter Aufhebung der Einreiseverweigerung der Bundespolizei ... vom ... die Einreise zu gestatten.
4. Die Beklagte trägt die Kosten des Verfahrens.

Gleichzeitig **beantrage/n** ich/wir:

Die Antragsgegnerin wird im Wege der einstweiligen Anordnung gemäß § 123 VwGO verpflichtet, mir/uns die Einreise zu gestatten.

Begründung:

Zur Begründung beziehe/n ich/wir mich/uns auf die bisherigen Angaben. Ich/wir **beantrage/n**, mir/uns die vom Bundesverfassungsgericht eingeräumte Nachfrist von weiteren vier Tagen zur wirksamen Wahrnehmung meiner Rechte einzuräumen.

Bereits jetzt trage/n ich/wir gegen den angefochtenen Bescheid vor:

(Anmerkung: Jetzt detaillierter Vortrag soweit möglich, der zugleich zur Begründung des Eilantrages dient; insbesondere muss auf Widersprüche etc. eingegangen werden und zur Glaubwürdigkeit Stellung bezogen werden).

Aufgrund vorstehenden Vortrages bestehen jedenfalls an der Rechtmäßigkeit der Einreiseverweigerung ernsthafte Zweifel ...

(Anmerkung: Jetzt ausführen, insbesondere eventuelle Mittel der Glaubhaftmachung, z. B. eidesstattliche Versicherung, beifügen).

Für die mündliche Verhandlung wird ein Dolmetscher für die Sprache ... benötigt.

Unterschrift



Formularmuster 7

Muster für Antrag auf einstweilige Anordnung auf Weiterleitung des Asylsuchenden an das Bundesamt beim Flughafenverfahren

Absender ...

Datum ...

Verwaltungsgericht...

Antrag gemäß § 123 VwGO

der Frau / des Herrn ...

– Antragsteller/in –

gegen

Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch den Leiter der Bundespolizei am Flughafen ...

– Antragsgegnerin –

Ich/wir **beantrage/n** hiermit:

1. Die Antragsgegnerin wird im Wege der einstweiligen Anordnung gemäß § 123 VwGO verpflichtet, mich/uns zur Stellung des Asylantrages an die Außenstelle des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge am Flughafen ... weiterzuleiten und von einer Zurückschiebung einstweilen abzusehen.
2. Die Antragsgegnerin trägt die Kosten des Verfahrens.

Begründung:

Die Antragsgegnerin hat mir/uns zu Unrecht die Einreise verweigert, obwohl die Voraussetzungen von § 18 II AsylVfG in meinem/unserem Fall nicht vorliegen ... (wird ausgeführt; **Anmerkung:** Ist die Zurückweisung nicht nach § 18 II AsylVfG erfolgt, sondern nach § 15 AufenthG, sind entsprechende Ausführungen zu machen).

Da ich ein Asylbegehren geäußert habe, ist die Antragsgegnerin demgemäß verpflichtet, mich/uns zur Stellung des Asylantrages an die Außenstelle des Bundesamtes am Flughafen ... weiterzuleiten (§ 18 a I 3 AsylVfG). Bis zur Entscheidung ist der Vollzug der Zurückweisung unzulässig. **Anmerkung:** Es ist strittig, ob der Zurückschiebe-Stopp-Antrag erforderlich und zulässig ist. Bis zur völligen Klärung der Rechtslage sollte er vorsorglich gestellt werden.

Für die mündliche Verhandlung wird ein Dolmetscher für die Sprache ... benötigt.

Unterschrift

Formularmuster 8

Muster für vorbeugenden einstweiligen Rechtsschutz bei einem Folgeverfahren

Absender ...

Datum ...

Verwaltungsgericht

...

Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung

der Frau / des Herrn ...

– Antragsteller/in –

gegen

... (**Anmerkung:** Antragsgegner ist entweder das Bundesland oder die Kreisverwaltungsbehörde/kreisfreie Stadt, die die Abschiebung durchführt)

– Antragsgegnerin –

wegen Abschiebung

Ich/wir **beantrage/n** hiermit, wegen der Dringlichkeit ohne mündliche Verhandlung einstweilen zu beschließen:

1. Dem/der Antragsgegner/in wird geboten, von Abschiebungsmaßnahmen bis zur Entscheidung des Bundesamtes über die Beachtlichkeit meines/ unseres Asylfolgeantrages bzw. des Antrags auf Wiederaufnahme der Feststellung, dass Abschiebungsverbote nach § 60 II bis V und VII AufenthG vorliegen, abzusehen.
2. Der/die Antragsgegner/in trägt die Kosten des Verfahrens.

Begründung:

Ich/wir habe/n am ... einen Asylfolgeantrag (auf Anerkennung als Asylberechtigte/r und Gewährung von Abschiebungsschutz nach § 60 I AufenthG) gestellt. Dieser Antrag enthält auch einen Antrag auf erneute Überprüfung (Wiederaufnahme) des Vorliegens von Abschiebungsverböten nach § 60 II bis V und VII AufenthG.

Alternativ:

Ich/wir habe/n am ... einen Antrag auf Wiederaufgreifen des Verfahrens bezüglich der Feststellung von Abschiebungsverböten nach § 60 II bis V und VII AufenthG gestellt.

Eine Entscheidung des Bundesamtes ist noch nicht ergangen.

Es ist zu befürchten, dass der/die Antragsgegner/in vor einer Entscheidung des Bundesamtes vollstreckt, d. h., mich/uns abschiebt.

Diese Besorgnis ergibt sich aus (**Anmerkung:** Schilderung der Gründe, also z. B. Erklärung, dass

die Ausländerbehörde erklärt hat, die Entscheidung nicht abzuwarten, oder es ständige Praxis in der Vergangenheit war, sofort, gegebenenfalls sogar in Nacht- und Nebelaktionen abzuschieben, so dass ohne einstweilige Anordnung ein effektiver Rechtsschutz nicht möglich ist).

Zur Glaubhaftmachung:

Eidesstattliche Versicherung

(Anmerkung: Entweder eigene eidesstattliche Versicherung beifügen oder, noch besser, die einer dritten Person)

Der Grundsatz der Gewährung eines effektiven Rechtsschutzes gebietet den Erlass einer einstweiligen Anordnung. Mein/Unser Antrag/Anträge auf Durchführung eines weiteren Folgeverfahrens würden ins Leere gehen, wenn die Entscheidung des Bundesamtes nicht abgewartet wird. Dieser Antrag ist zulässig, da neue Tatsachen/Beweismittel vorliegen und dem Bundesamt vorgetragen wurden.

Zur Glaubhaftmachung:

Eidesstattliche Versicherung

(oder Abschrift des Asylfolgeantrages mit eventuellen Anlagen)

Da mein/unser Antrag mithin beachtlich ist, hat das Bundesamt das Vorliegen von Asylgründen/Abschiebungsverboten in einem neuen, eigenständigen Verfahren zu prüfen. Dies würde vereitelt, wenn vorher vollzogen würde.

Unterschrift

Formularmuster 9

Muster für Klage und Eilantrag bei Ablehnung eines Asylfolgeantrages ohne neue Ausreisepflicht und Abschiebungsandrohung

Absender ...

Datum ...

Verwaltungsgericht

...

Klage und Eilantrag nach § 123 VwGO bzw. § 80 V VwGO

der Frau / des Herrn ...

gegen

– Kläger/in und Antragsteller/in –

Bundesrepublik Deutschland
vertreten durch den Bundesminister des Inneren,
dieser vertreten durch den Präsidenten des Bundesamtes
für Migration und Flüchtlinge, 90343 Nürnberg
Az. ...

– Beklagte und Antragsgegnerin –

wegen Asylfolgeverfahren

Ich/wir erhebe/n **Klage** und **beantrage/n**:

1. Der Bescheid des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (Az. ...) vom ... wird aufgehoben.
2. Die Beklagte wird verpflichtet, mich/uns als Asylberechtigte/n anzuerkennen und festzustellen, dass die Voraussetzungen von § 60 I AufenthG vorliegen.

Hilfsweise:

Die Beklagte wird verpflichtet, festzustellen, dass die Voraussetzungen von § 60 II bis V und VII AufenthG vorliegen.

3. Die Beklagte trägt die Kosten des Rechtsstreits.

Gleichzeitig **beantrage/n** ich/wir gemäß § 123 VwGO zu beschließen:

1. Der Antragsgegnerin wird aufgegeben, die Mitteilung gemäß § 71 V 2 AsylVfG einstweilen zurückzunehmen und der Ausländerbehörde mitzuteilen, dass ein Asylfolgeverfahren durchgeführt wird.
2. Die Antragsgegnerin trägt die Kosten des Rechtsstreits.

Sollte das Gericht jedoch der Auffassung sein, dass auch hier ein Antrag nach § 80 V VwGO das richtige Rechtsmittel ist, wird hiermit hilfsweise **beantragt**:

1. Die aufschiebende Wirkung dieser Klage wird angeordnet.
2. Die Antragsgegnerin trägt die Kosten des Rechtsstreits.

Sollte das Gericht der Rechtsmeinung sein, dass einstweiliger Rechtsschutz nur durch einen Eilrechtsantrag gegenüber der Ausländerbehörde zu erreichen ist, bitte/n ich/wir um einen umgehenden gerichtlichen Hinweis.

Ungeachtet der Formulierung des Eilantrags und ungeachtet der Frage, welcher Antrag der richtige ist und wer der richtige Antragsgegner ist, bitte/n ich/wir das Gericht, meine/unsere Anträge so auszu legen, dass das erkennbare Rechtsschutzziel, bis zur Entscheidung in der Hauptsache einstweilen nicht abgeschoben zu werden, erreicht wird.

Begründung:

Das Bundesamt hat mit dem angefochtenen Bescheid die Durchführung eines weiteren Asylverfahrens abgelehnt, ohne eine neue Ausreiseaufforderung und Abschiebungsandrohung zu erlassen.

Hiergegen richtet sich die Klage.

Die Klage hat gemäß § 75 AsylVfG keine aufschiebende Wirkung. Es bedurfte daher eines Eilrechtsschutzes, wobei noch immer nicht geklärt ist, wie dieser am besten erreicht werden kann. Der vorliegende Antrag berücksichtigt die hierzu vertretenen Meinungen.

Die Voraussetzungen für die Durchführung eines Asylfolgeverfahrens liegen vor, weil seit der letzten Entscheidung neue Tatsachen und Beweismittel existieren, die auch innerhalb der Drei-Monats-Frist vorgelegt wurden. Aufgrund dessen ergibt sich die Möglichkeit einer positiven Sachentscheidung. (Nun Ausführungen zu den neuen Tatsachen und Beweismitteln.)

Die Klage selbst ist begründet. Zu Unrecht hat das Bundesamt meinen/unsere(n) Asylantrag als unbeachtlichen Folgeantrag angesehen und die Durchführung eines weiteren Asylverfahrens abgelehnt. Tatsächlich steht mir/uns asylrechtlicher und abschiebungsrechtlicher Schutz zu. (**Anmerkung**: jetzt Ausführungen machen).

Für die mündliche Verhandlung wird ein Dolmetscher für die Sprache ... benötigt.

Unterschrift

Formularmuster 10

Muster für Klage und Eilantrag bei Ablehnung eines Asylfolgeantrags mit neuer Ausreiseforderung und Abschiebungsandrohung

Absender

Datum

Verwaltungsgericht

....

Klage und Eilantrag nach § 80 V VwGO

der Frau / des Herrn ...

gegen

– Kläger/in und Antragsteller/in –

Bundesrepublik Deutschland
vertreten durch den Bundesminister des Inneren,
dieser vertreten durch den Präsidenten des Bundesamtes
für Migration und Flüchtlinge, 90343 Nürnberg
Az. ...

– Beklagte und Antragsgegnerin –

wegen Asylfolgeverfahren

Ich/wir erhebe/n **Klage** und **beantrage/n**:

1. Der Bescheid des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (Az. ...) vom ... wird aufgehoben.
2. Die Beklagte wird verpflichtet, mich/uns als Asylberechtigte/n anzuerkennen und festzustellen, dass die Voraussetzungen von § 60 I AufenthG vorliegen.

Hilfsweise:

Die Beklagte wird verpflichtet, festzustellen, dass die Voraussetzungen von § 60 II bis V und VII AufenthG vorliegen.

3. Die Beklagte trägt die Kosten des Rechtsstreits.

[Anmerkung: Je nachdem, was begehrt wurde, ist der Antrag in Nr. 2 zu variieren: Wurde – wie meistens – nur der Schutz nach der GFK im Sinne von § 60 I AufenthG begehrt, ist der Antrag auf Asylanerkennung wegzulassen.]

Gleichzeitig **beantrage/n** ich/wir gemäß § 80 V VwGO zu beschließen:

1. Die aufschiebende Wirkung dieser Klage wird angeordnet.
2. Die Antragsgegnerin trägt die Kosten des Rechtsstreits.

Begründung:

Das BAMF hat mit dem angefochtenen Bescheid die Durchführung eines weiteren Asylverfahrens abgelehnt und eine neue Ausreiseaufforderung und Abschiebungsandrohung erlassen. Hiergegen richtet sich die Klage.

Die Klage hat keine aufschiebende Wirkung. Ein Eilantrag ist daher erforderlich.

I.

Zur Begründung beziehe ich mich/beziehen wir uns auf die bisherigen Angaben.

II.

Die Voraussetzungen für die Durchführung eines Asylfolgeverfahrens liegen vor, weil seit der letzten Entscheidung neue Tatsachen und Beweismittel existieren, die auch innerhalb der Drei-Monats-Frist vorgelegt wurden. Aufgrund dessen ergibt sich die Möglichkeit einer positiven Sachentscheidung. (Nun Ausführungen zu den neuen Tatsachen und Beweismitteln.)

Das Bundesamt hat meinen/unseren Antrag falsch gewürdigt/falsch wiedergegeben. Richtig ist ...

Zum Beweis dafür,

dass die im Verfahren vorgelegten Dokumente echt sind, **beantrage/n** ich/wir die Einholung eines Sachverständigengutachtens durch amnesty international oder anderer sachkundiger Stellen.

Zum Beweis dafür,

dass mein/unser Vortrag über die Situation in meinem/unserem Herkunftsland richtig ist, dass mein/unser Vortrag, dass mir folgendes passiert ist, ...

beantrage/n ich/wir

die Einholung eines Sachverständigengutachtens durch amnesty international oder anderer sachkundiger Stellen.

Darüber hinaus trage ich/tragen wir vor: (**Anmerkung:** nunmehr detaillierte Einzelfallbegründung; falls diese jetzt noch nicht gegeben werden kann, schreiben: „Eine detaillierte Begründung erfolgt umgehend mit gesondertem Schriftsatz.“).

Für die mündliche Verhandlung wird ein Dolmetscher für die Sprache ... benötigt.

Unterschrift

Formularmuster 11

Muster für Klage bei Wiederaufnahmeantrag im Hinblick auf § 60 II bis VII AufenthG (isolierter Wiederaufnahmeantrag)

Absender ...

Datum ...

Verwaltungsgericht

...

Klage

der Frau / des Herrn ...

gegen

Bundesrepublik Deutschland
vertreten durch den Bundesminister des Inneren,
dieser vertreten durch den Präsidenten des Bundesamtes
für Migration und Flüchtlinge, 90343 Nürnberg
Az. ...

– Kläger/in und Antragsteller/in –

– Beklagte und Antragsgegnerin –

wegen Asylfolgeverfahren

Ich/wir erhebe/n **Klage** und **beantrage/n**:

1. Der Bescheid des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (Az. ...) vom ... wird aufgehoben.
2. Die Beklagte wird verpflichtet, festzustellen, dass die Voraussetzungen von § 60 II bis V und VII AufenthG vorliegen.
3. Die Beklagte trägt die Kosten des Rechtsstreits.

Begründung:

Ich/wir habe/n einen Antrag auf Wiederaufgreifen des Verfahrens hinsichtlich des Vorliegens der Voraussetzungen von § 60 II bis V und VII AufenthG gestellt. Das Bundesamt hat diesen Antrag abgelehnt. Hiergegen richtet sich die Klage.
Der Bescheid ist rechtswidrig. Richtigerweise hätten Abschiebungsverbote festgestellt werden müssen.

Zur Begründung beziehe/n ich/wir mich/uns auf die bisherigen Angaben. Mir/uns droht im Falle einer Abschiebung schwerwiegende Gefahren, die die Gewährung eines subsidiären Schutzes gebieten.
Konkret droht mir ... [nun ausführen]

Auch die Drei-Monats-Frist ist gewahrt. Ich/wir habe/n von den neuen Tatsachen erst am ... Kenntnis erhalten. [ausführen]

oder: Ich/wir habe/n die neuen Beweismittel erst am ... erhalten.

oder: Das Bundesamt war verpflichtet, das Verfahren gemäß § 51 V VwVfG durchzuführen. Denn die frühere Entscheidung ist inhaltlich unrichtig. Im Fall der Abschiebung droht mir/uns eine erhebliche Gefahr für Leib und Leben, weil ich/wir einer extremen Gefahrensituation ausgesetzt wäre/n, was bei der früheren Entscheidung nicht berücksichtigt wurde.

Zum **Beweis** dafür,
dass mein/unser Vortrag über die Situation in meinem/unserem Herkunftsland richtig ist, **beantrage/n** ich/wir die Erholung eines Sachverständigengutachtens durch amnesty international oder anderer sachkundiger Stellen.

Zum **Beweis** dafür,
dass mein/unser Vortrag über meine/unsere Aktivitäten und Erlebnisse in Deutschland (z. B. Nachfluchtaktivitäten, Glaubensübertritt, Bedrohungen durch Heimatbehörden) richtig ist, **beantrage/n** ich/wir die Einvernahme von ... (Zeugen angeben oder Beweismittel vorlegen).

Darüber hinaus trage/n ich/wir noch vor: ... [ausführen]

Für die mündliche Verhandlung wird ein Dolmetscher für die Sprache ... benötigt.

Unterschrift



Formularmuster 12

Muster für einstweiligen Rechtsschutz gegen das BAMF bei Folgeverfahren (auf Unterlassung bzw. Widerruf der Mitteilung nach § 71 V AsylVfG)

Absender

Datum ...

Verwaltungsgericht ...

...

...

Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung

der Frau / des Herrn ...

– Antragsteller/in –

gegen

Bundesrepublik Deutschland

vertreten durch den Bundesminister des Inneren,
dieser vertreten durch den Präsidenten des Bundesamtes
für Migration und Flüchtlinge, 90343 Nürnberg

– Antragsgegnerin –

wegen Asylfolgeverfahren

hier: Unterlassung der Mitteilung nach § 71 V AsylVfG

Ich **beantrage** hiermit, wegen der Dringlichkeit ohne mündliche Verhandlung einstweilen zu beschließen:

- I. Der Antragsgegnerin wird geboten, die Mitteilung nach § 71 V 2 AsylVfG, dass die Voraussetzungen des § 51 I bis III VwVfG nicht vorliegen, zu unterlassen bzw. zu widerrufen.
- II. Die Antragsgegnerin trägt die Kosten des Verfahrens.

Begründung:

Ich/wir habe/n am ... einen Asylfolgeantrag auf Anerkennung als Asylberechtigte/r / Feststellung der Flüchtlingseigenschaft in Sinne der GFK gemäß § 60 I AufenthG gestellt. Dieser Antrag enthält auch einen Antrag auf erneute Überprüfung (Wiederaufnahme) des Vorliegens von Abschiebungsverboten nach § 60 II bis VII AufenthG. Das Bundesamt hat die Durchführung eines Asylfolgeverfahrens abgelehnt. Hiergegen ist Klage unter dem Az. beim VG anhängig.

Nach der Gesetzeslage ist eine Abschiebungsanordnung und -androhung nicht erforderlich. Aus der früher ergangenen Abschiebungsandrohung kann vollzogen werden.

Im konkreten Fall droht mir/uns auch die Abschiebung. Dies hat mir/uns die Ausländerbehörde mitgeteilt ... (hier konkret ausführen bzw. darlegen, woraus die Besorgnis resultiert, dass eine Abschiebung vor einer gerichtlichen Entscheidung erfolgen könnte.) Infolge der Abschiebung droht mir/uns eine schwerwiegende Verfolgung, wie ich/wir im Asylfolgeantrag ausgeführt habe/n (gegebenenfalls konkret darlegen). Der Grundsatz der Gewährung eines effektiven Rechtsschutzes gebietet den Erlass einer einstweiligen Anordnung.

Mein/unser/e Antrag/Anträge auf Durchführung eines weiteren Asylverfahrens würde ins Leere gehen, wenn die Entscheidung des Bundesamtes nicht abgewartet wird. Entgegen der Auffassung des

Bundesamtes liegen auch Wiederaufnahmegründe vor (*ausführen und neue Tatsachen bzw. Beweismittel vorlegen*).

alternativ: Die eingereichte Klage hat keine aufschiebende Wirkung, so dass ein Eilantrag erforderlich ist.

Die erforderliche Güterabwägung gebietet es, von einer Abschiebung so lange abzusehen, bis die Hauptsache entschieden ist.

Zur Glaubhaftmachung:

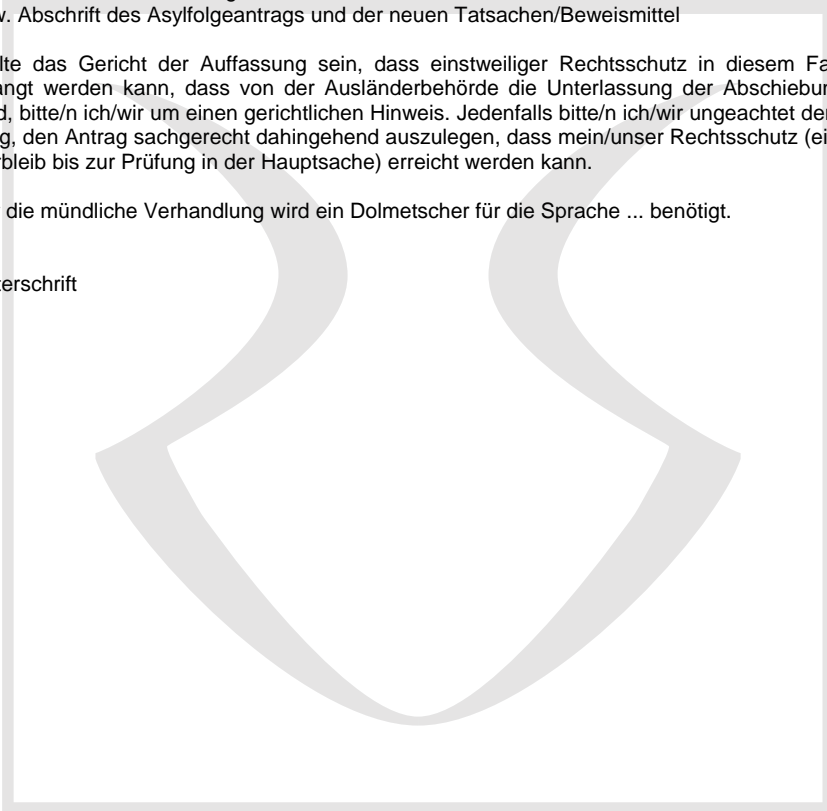
Eidesstattliche Versicherung

bzw. Abschrift des Asylfolgeantrags und der neuen Tatsachen/Beweismittel

Sollte das Gericht der Auffassung sein, dass einstweiliger Rechtsschutz in diesem Fall dadurch erlangt werden kann, dass von der Ausländerbehörde die Unterlassung der Abschiebung begehrt wird, bitte/n ich/wir um einen gerichtlichen Hinweis. Jedenfalls bitte/n ich/wir ungeachtet der Formulierung, den Antrag sachgerecht dahingehend auszulegen, dass mein/unser Rechtsschutz (einstweiliger Verbleib bis zur Prüfung in der Hauptsache) erreicht werden kann.

Für die mündliche Verhandlung wird ein Dolmetscher für die Sprache ... benötigt.

Unterschrift



Formularmuster 13

Muster für Klage gegen den Widerruf oder die Rücknahme der Asylenerkennung bzw. der Feststellung der Flüchtlingseigenschaft

Absender

Datum

Verwaltungsgericht

...

Klage

der Frau / des Herrn ...

– Kläger/in –

gegen

Bundesrepublik Deutschland
vertreten durch den Bundesminister des Inneren,
dieser vertreten durch den Präsidenten des Bundesamtes
für Migration und Flüchtlinge, 90343 Nürnberg
Az. ...

– Beklagte –

wegen Asylrecht

Ich/wir erhebe/n **Klage** und **beantrage/n**:

1. Der Bescheid des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (Az. ...) vom ... wird aufgehoben.
2. Die Beklagte trägt die Kosten des Rechtsstreits.

Begründung:

Mit dem angefochtenen Bescheid hat das BAMF den Bescheid vom ..., mit dem ich/wir als Asylberechtigte/r anerkannt wurde/n **bzw.** mit dem mir/uns die Rechtsstellung als Flüchtling im Sinne der GFK eingeräumt wurde, aufgehoben.

Gegebenenfalls: Gleichzeitig wurde/n ich/wir zur Ausreise aufgefordert und die Abschiebung angedroht.

Der Bescheid ist rechtswidrig.

Die früher festgestellte Gefährdungslage besteht nach wie vor. Im Fall einer Rückkehr in meine/unsere Heimat droht mir/uns auch weiterhin politische Verfolgung. (Jetzt Ausführungen zur Sache)

Jedenfalls liegen die Voraussetzungen von § 73 I 3 AsylVfG vor. Danach ist von einem Widerruf abzusehen, wenn sich der Ausländer auf zwingende, auf früheren Verfolgungen beruhende Gründe berufen kann, um die Rückkehr in den Heimatstaat abzulehnen. Dies ist hier der Fall. (Jetzt Ausführungen)

Für die mündliche Verhandlung wird ein Dolmetscher für die Sprache ... benötigt.

Unterschrift

Formularmuster 14

Muster für Klage gegen das Herausgabeverlangen des GFK-Passes bzw. des Anerkennungsbescheids wegen angeblichen Erlöschens gemäß § 72 AsylVfG

Absender

Datum

Verwaltungsgericht

...

Klage

der Frau / des Herrn ...

– Kläger/in –

gegen

{Anmerkung: Beklagter ist entweder das Bundesland oder die Kreisverwaltungsbehörde/kreisfreie Stadt}

– Beklagter –

wegen Asylrecht

Ich/wir erhebe/n **Klage** und **beantrage/n**:

1. Die Verfügung der Stadt/des Landkreises ... vom ..., mit dem ich/wir verpflichtet wurde/n, den/die GFK-Pass/Pässe bzw. den/die Anerkennungsbescheid/e des Bundesamtes vom ... herauszugeben, wird aufgehoben.
2. Die Beklagte trägt die Kosten des Rechtsstreits.

Begründung:

Mit dem angefochtenen Bescheid wurde/n ich/wir verpflichtet, den GFK-Reisepass/den Anerkennungsbescheid des Bundesamtes herauszugeben, da die Anerkennung als Asylberechtigte/r bzw. die Feststellung des Vorliegens der Voraussetzungen des § 60 I AufenthG gemäß § 72 AsylVfG erloschen sei.

Der angefochtene Bescheid ist rechtswidrig.

Ein Erlöschensgrund liegt nicht vor.

{Jetzt Ausführungen zur Sache, warum die Voraussetzungen von § 72 I Nr. 1 bis 4 AsylVfG nicht vorliegen; gegebenenfalls Beweismittel anbieten, z. B., dass man sich nicht dem Schutz des Verfolgerstaates unterstellt hat, sondern lediglich zur Eheschließung bzw. zur Führerscheinausstellung einen Heimatpass benötigte.}

Für die mündliche Verhandlung wird ein Dolmetscher für die Sprache ... benötigt.

Unterschrift

Formularmuster 15

Muster für sofortige Beschwerde mit Prozesskostenhilfeantrag bei Abschiebungshaft

Absender...
(bitte alle Namen und Adressen
gut leserlich angeben)

Datum...

An das Amtsgericht
(in dessen Bezirk ich/ wir inhaftiert bin/ sind)

...
...

Abschiebehaftebefehl gegen mich/ uns
Aktenzeichen

Eilt sehr – Haftsache

Hiermit wird gegen den Abschiebehaftebefehl des Gerichts vom...

sofortige Beschwerde

eingelegt.

Es wird darum gebeten, dieser Beschwerde entweder unverzüglich abzuhelpfen oder sie ohne weiteren Verzug dem Beschwerdegericht vorzulegen.

Ein Haftgrund liegt bei mir/uns nicht vor, da Haft zur Sicherung der Abschiebung nicht erforderlich ist. (jetzt detaillierte Ausführungen; z. B.: Ich/wir habe/n einen festen Wohnsitz; dieser ist auch der Ausländerbehörde bekannt. Ein Versuch, mich/uns der Abschiebung zu entziehen, ist nicht unternommen worden.)

Bei dieser Sachlage existieren keine konkreten Anzeichen, dass ich/wir mich/uns der Abschiebung entziehen wollen. (Eventuell weitere Ausführungen.)

Außerdem ist es bei uns so, dass ich/wir bis zur Verhaftung über einen Arbeitsplatz verfügte/n und zwar bei: (gegebenenfalls weglassen!!)

Auch aus folgenden Gründen ergibt sich, dass ein Untertauchen nicht beabsichtigt war und ist: (z. B. Verlöbnis; regelmäßiger Kontakt mit der Ausländerbehörde ...)

Für eine eventuelle mündliche Verhandlung benötige/n ich/wir einen Dolmetscher für die ... Sprache.

Es wird ferner

beantragt:

Mir/Uns wird für das vorliegende Verfahren Prozesskostenhilfe bewilligt und einen Rechtsanwalt – oder Herrn Rechtsanwalt/Frau Rechtsanwältin ... beizuordnen, sowie die Kosten des Verfahrens dem Antragsteller aufzuerlegen.

Unterschrift